

Kritik an Verschuldung

BERLIN (avg) Die Opposition im Bundestag hat die Haushaltsdebatte zu scharfen Angriffen auf die große Koalition genutzt. Die hohe Neuverschuldung breche die Verfassung, sagten übereinstimmend Politiker von FDP, Linkspartei und Grünen. Sie stützen ihre Kritik darauf, dass die Summe der geplanten Investitionen des Bundes mit 23,2 Milliarden Euro unter der geplanten Neuverschuldung von 38,3 Milliarden Euro liegt.

Steinbrück wies die Vorwürfe entschieden zurück und reklamierte eine Ausnahmesituation. Ulrike

Flach (FDP) hielt Steinbrück vor, vor Ausgabensenkungen zurückzuschrecken. Das gelte für Subventionsabbau, Arbeitsmarktreformen, Gesundheit und Rente. Alexander Bonde (Grüne) sagte, Steinbrücks Politik sei eine „Wende zu einem hochriskanten Vabanquespiel“. Gesine Löttsch von der Linkspartei warf der Regierung vor, über Hartz IV für steigende Armut zu sorgen.

Der erste Etat der großen Koalition wurde an den Haushaltsausschuss überwiesen. Der Bundeshaushalt sieht Ausgaben von 261,7 Milliarden Euro vor.

Merkwürdige Posten im Bundeshaushalt

RP
1.04.06

heim April 2006

VON ALEXANDER VON GERSDORFF

BERLIN Genau 5000 Euro erhielt eine Mitarbeiterin des bundeseigenen Deutschen Wetterdienstes für einen Kurzauftritt in einem TV-Werbespot von BP – nicht vom Staat, sondern vom Ölkonzern. Für den Fernseh Zuschauer Otto Fricke war das zu viel des Guten. Weil Fricke auch FDP-Politiker und Vorsitzender des Bundestags-Haushaltsausschusses ist, richtete er eine Anfrage an das zuständige Verkehrsministerium. Ergebnis: Der Vorgang sei „genehmigungsfrei“, teilte der parlamentarische Staatssekretär Ulrich Kasparick (SPD) mit.

Fricke ist allerdings der ganze Wetterdienst ein Dorn im Auge: „Es ist mir völlig unklar, warum etwas, das sehr gut, wenn nicht besser privat organisiert werden kann, mit 240 Millionen Euro jährlich vom Bund subventioniert wird.“

Der Freidemokrat aus Krefeld hat in dem 3000 Seiten starken Bundeshaushalts-Entwurf 2006 weitere Posten ausgemacht, die seiner Ansicht nach nicht auf unbedingten Sparwillen der Regierung schließen lassen. „Das Problem“, sagt er, „ist, dass sich Ministerien von einmal

liebgewonnenen Ausgabeposten nicht trennen können.“ Beispiele:

SCHÖNE FORM Ein „Rat für Formgebung“, eine 1953 gegründete Stiftung zur Designhilfe für die deutsche Wirtschaft und das Handwerk, erhält 158 000 Euro im Jahr.

ENTWICKLUNGSHILFE 130 Millionen Euro bekommen die Boomländer China und Indien, die mit Deutschland zunehmend um Hochtechnologie-Arbeitsplätze konkurrieren. Das Entwicklungshilfeministerium spricht von Türöffnern zu den Märkten, Fricke von Aufbauhilfe für

Wettbewerber. „Das gilt übrigens auch für Brasilien und Mexiko.“

UMWELTLUXUS Zwei Millionen lässt sich das Umweltministerium eine Öko-Tagungsstätte auf der Insel Vilm bei Rügen kosten – samt Fähre.

Und das sind nur die kleinen Posten. Die großen: „Drei Milliarden Euro für Arbeitsmarktmaßnahmen mit unklarem Nutzen, 800 Millionen Euro Verwaltungsausgaben der Ministerien, 600 Millionen Euro Steinkohlebeihilfen.“ Rechne man das Kürzungspotenzial zusammen, „könnten wir das Maastricht-Schuldenziel schon 2006 sicher erreichen.“ Der Bundeshaushalt wird im Juni verabschiedet.

Jährlich 240 Millionen
für bundeseigenen
Wetterdienst